



Basler Zeitung  
4002 Basel  
061/ 639 11 11  
www.baz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 53'498  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.208  
Abo-Nr.: 1095889  
Seite: 4  
Fläche: 40'484 mm<sup>2</sup>

Vergebliches Ringen um Swissness

## Vergebliches Ringen um Swissness

Bürgerliche befürchten wegen Frankenstärke Bürokratie und Stellenabbau

Von Dominik Feusi, Bern

Neun Jahre sind vergangen, seit der Ständerat einem Postulat der Basler Ständerätin Anita Fetz (SP) für eine «Verstärkung der Marke Made in Switzerland» zugestimmt hat. Vor zwei Jahren hat das Parlament nach zähem Ringen ein Gesetz verabschiedet. Jetzt geht die Debatte um die Swissness in eine neue Runde. Im Parlament hatte sich die Uhrenindustrie, angeführt durch Swatch, mit der Forderung durchgesetzt, dass 60 Prozent der Herstellungskosten für alle Industrieprodukte in der Schweiz anfallen müssen.

Ebenso zufrieden war die Bauernlobby, die bei Nahrungsmitteln eine Quote von 80 Prozent der verarbeiteten Rohstoffe, bei der Milch sogar 100 Prozent aus der Schweiz durchsetzte. Die Bauern hofften, sich mit einer hohen Quote internationale Konkurrenz vom Leib zu halten. Jetzt geht es um die Verordnungen, die der Bundesrat letzten Sommer vorgelegt hat, die das Gesetz auf Anfang 2017 mit einer Übergangsfrist bis 2019 umsetzen sollen.

### Angst vor Bumerang

Der Schaffhauser Ständerat Hannes Germann (SVP), Präsident der Schweizer Gemüsebauern, befürchtet wegen dieser Verordnungen einen Bumerang. Insbesondere für die Landwirtschaft, wenn die Nahrungsmittelindustrie wegen der hohen Quote von achtzig Prozent auf die Marke Schweiz verzichtet und dann gar nicht mehr verpflichtet ist, Schweizer Rohstoffe zu verarbeiten und in der Schweiz zu produzieren. Darum forderte er vom Bundesrat einen Bericht über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Vorlage.

Unilever, unter anderem Hersteller der Knorr-Suppen im schaffhausischen Thayngen, ist so ein Betrieb, der sich überlegt, ob es noch Sinn macht, mit

der Schweiz zu werben. Die Firma müsste für alle 600 Produkte jedes Jahr für jeden der rund 1000 Rohstoffe den Nachweis erbringen, dass sie die Bestimmungen einhält, und dazu mehrere Vollzeitstellen schaffen und die Lieferanten im Ausland um Geschäftsgeheimnisse und Rezepturen bitten. Ähnliche Überlegungen macht sich der Nahrungsmittelkonzern Nestlé oder der Hersteller der Toblerone. Dieser müsste zwar auf die Nennung von Switzerland verzichten, könnte dafür aber Milchpulver im Ausland einkaufen. Das Nachsehen hätten rund 600 Bauernbetriebe, die heute die Milch für die berühmte Schokolade liefern.

### Die Frankfurter Allgemeine Zeitung fragt sich, ob Toblerone nicht bald deutsch wird.

Seit der Aufhebung des Euro-Mindestkurses ist der Produktionsstandort Schweiz noch einmal teurer geworden, weshalb ein Verzicht auf Swissness gerade für weltweit gut bekannte Marken nicht nur günstigere Rohstoffe, sondern auch gerade die Verlegung des Produktionsstandorts ermöglichen könnte. Das Ausland freut sich bereits über die Entwicklung. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung fragte sich jüngst mit unverhohlener Freude, ob Toblerone nicht bald deutsch werde. Denn der Hersteller der berühmten Schokolade produziert auch die Milka, aber nicht in der Schweiz, sondern im deutschen Lörrach. Für Ständerat Germann ist darum klar: «Es stehen Arbeitsplätze auf dem Spiel.» Die Verordnungen seien ein «veritables Bürokratiemonster». Germann forderte Bundespräsidentin auf, das Wappenschutzgesetz endlich wieder konsequent umzusetzen.

Gegen das Postulat liefen die Linke und die CVP Sturm. Es sei nicht zulässig, mittels eines Postulates ein beschlossenes Gesetz zu torpedieren. Man müsse das Gesetz nun umsetzen und höchstens bei tatsächlichen Problemen korrigieren. Anita Fetz wies darauf hin, dass Swiss Made absolut freiwillig sei. Die Probleme bei den Nahrungsmitteln habe die Agrarlobby selber in das Gesetz gedrückt. Damit müsse sie nun leben, zumal niemand das Referendum ergriffen habe.

### Widerstand im Nationalrat

Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga wies ebenfalls darauf hin, dass der Bundesrat nur das Gesetz umsetzen wolle. Ihre Verwaltung suche mit den betroffenen Branchen nach Lösungen. «Wir haben den Spielraum des Gesetzes ausgereizt», sagte sie. Keine Rolle spielte der auch von der CVP beschlossene bürgerliche Schulterchluss, der eine Vereinfachung der Vorlage forderte. Der Ständerat lehnte das Postulat mit 25 gegen 13 Stimmen deutlich ab.

Widerstand regt sich allerdings auch im Nationalrat. Die Rechtskommission beugte sich Ende Mai über die Verordnungen und empfahl dem Bundesrat, die Verordnung zu entschlacken und zurückzustellen, bis der Bericht zum Postulat Germann vorliegt. Es ist die einzige Kommission ohne Bauernvertreter. Der Entscheid fiel jedoch knapp aus, ohne die Zustimmung des Ständerates macht er allerdings keinen Sinn mehr. Dass die auf einer hohen Quote und harten Umsetzung beharrenden Bauern bei sich selbst Ausnahmen beantragten, schadete zuletzt ihrer Glaubwürdigkeit. Sie lobbyierten nämlich dafür, dass viel mehr auf ausländischen Äckern von Schweizer Bauern angepflanzter Salat als «Schweizer Salat» verkauft werden darf.